

Wien, Dienstag, den 31. Mai 1927.

Neue städtische Schulleiter und Schulleiterinnen. Der Stadtsenat hat heute auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Speiser eine Reihe von erledigten Schulleiterstellen besetzt. Es wurden zu Bürgerschuldirektoren ernannt: Josef Chmel, Knabenbürgerschule, X., Herzgasse 27, Hermann Baar, Knabenbürgerschule, XVI., Grundsteingasse 65, Dr. Otto Herrmann, Knabenbürgerschule, XVI., Koppstrasse 75, Ludwig Bartl, Knabenbürgerschule, XVII., Parhamerplatz 19, Josef Matzenauer, Knabenbürgerschule, XI., Jägerstrasse 54, Karl Sprongl, Mädchenbürgerschule, X., Herzgasse 27, Rudolf Feichtinger, Mädchenbürgerschule, XIII., Gurkgasse 32, Adolf Millner, Mädchenbürgerschule, XVI., Schmeleerplatz 17, Richard Enselin, Mädchen Volks- und Bürgerschule, XIV., Kröllgasse 20. Zur Bürgerschuldirektorin wurde ernannt: Hermine Kraus, Mädchenbürgerschule, XIX., Grinzingerstrasse 59. Zu Oberlehrern wurden ernannt: Hans Winter, Knabenvolksschule, VIII., Lerchengasse 19, Karl Sammer, Knabenvolksschule, IX., Galileigasse 5, Franz Chalupa, Knabenvolksschule, X., Lainböckergasse 17, Adolf Grabner, Knabenvolksschule, XVI., Grubergasse Nr. 6, Rudolf Csmarich, Mädchenvolksschule, XVII., Leopold Ernstgasse 37, Alois Niedermayer, Knaben- und Mädchenvolksschule, I., Börsegasse 5, Franz Mahradnik, Knaben- und Mädchenvolksschule, XIII., Linzerstrasse Nr. 419; zu Oberlehrerinnen wurden ernannt: Albine Nagl, Mädchenvolksschule, II., Czerninplatz 3, Marie Sengseis, Mädchenvolksschule, III., Eslergasse 23, Auguste Müller, Mädchenvolksschule, III., Löwengasse Nr. 12 b, Anna Gelinek, Mädchenvolksschule, XIII., Diesterweggasse 30, Helene Hensel, Mädchenvolksschule, XVI., Landsteingasse 4, Elise Hofmann, Mädchenvolksschule, XVII., Hernalser-Hauptstrasse 100.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 31. Mai 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr die Sitzung. Die Gemeinderätin Lippa leistet die Angelobung, worauf der Gemeinderat in die Beratungen über die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde Wien eintritt.

Stadtrat Breitner leitet die Verhandlungen über die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde ein. Er führt aus: Das schwierigste Problem, das die Nachkriegszeit zurückgelassen hat, ist das Problem der Aufwertung. Gerade in Wien tritt dieses Problem am sinnfälligsten bei den Mietzinsen in Erscheinung. Tatsache ist, dass durch den massenhaften Notendruck unsere Währung auf ein Bierzehntausendstel ihres Wertes herabgesunken ist. Ähnlich war es in einer ganzen Reihe von europäischen Staaten am stärksten im Deutschen Reich, wo der Wert einer Goldmark auf ein Billionstel gefallen ist. Ueberall ist dadurch das Problem entstanden, wie sich die Schuldner zu dieser Geldentwertung zu verhalten haben. In Deutschland ist eine solche Lösung versucht worden; sie ist aber kaum gelungen. Die Not der Kleinrentner besteht auch dort, und die Valorisierung der Mietzinse hat die bescheidene Aufwertung wettgemacht. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die nicht von einzelnen Schuldnern gelöst werden kann, sondern der gesetzlichen Regelung bedarf. In Oesterreich ist eine Aufwertung nur für eine einzige Klasse von Rentnern erfolgt, nämlich für die Leibrentner. Hingegen ist die österreichische Gesetzgebung an all den übrigen Problemen bisher vorbeigegangen. Es wird aber gewiss zu einer Regelung kommen müssen. Die Gemeinde Wien hat diese Vorlage eingebracht, um bis dahin wenigstens provisorische Vorsorge zu tref-

fen. Die Vorlage will keine Präjudiz für die gesetzliche Regelung der Kleinrentner schaffen. Deshalb gehen wir auch keine neuen Wege, sondern die Gemeindevorlage lehnt sich an das Leibrentnergesetz an. Es darf aber nicht übersehen werden, dass die gesetzliche Regelung der Leibrentner private Unternehmungen trifft, denen durch das Leibrentnergesetz nur ein gewisser Teil des Wertes weggenommen wird. Ganz anders liegen aber die Verhältnisse bei den öffentlichen Körperschaften, die jede Aufwertung aus Steuern oder Tarifen decken müssen. Schon deshalb kann unsere Vorlage nur provisorischen Charakter haben, weil wir leider nicht die Möglichkeit haben, die grossen Vermögen durch Zuschläge zur Einkommensteuer zu Zahlungen für die Opfer der Geldentwertung heranzuziehen. Trotzdem sieht die Vorlage die Möglichkeit vor, bis zum doppelten Ausmass der im Leibrentnergesetz festgesetzten Leistungen zu gehen. Das Leibrentnergesetz bestimmt übrigens auch, dass alle Leibrenten von der Valorisierung ausgenommen sind, wenn sie weniger als dreihundert Kronen jährlich beziehen. Es werden also gerade die Kleinsten ausgeschaltet. Wir haben deshalb diese Grenze fallen gelassen.

Die Gemeinde hat auch mit der Aufrufung der Anleihen weit früher begonnen, als der Bund, der bis zur Stabilisierung der Währung gewartet hat. Wir haben die 1902er Anleihe, die eine der grössten Teile der Wiener Schuld darstellt, bereits im Jänner 1922 zur Einlösung gebracht. Man vergisst sehr rasch die Entwicklung, die die Krone im Jahre 1922 genommen hat. Zu Beginn dieses Jahres sind die Verhältnisse noch wesentlich günstiger gewesen, als etwa im September. Wir haben alle Obligationären die sich bis 31. Juli 1922 gemeldet haben, den doppelten Nennwert ausbezahlt.

Von allen Wiener Anleihen sind ungefähr 220 Millionen Nennwert noch nicht eingelöst, worin die Auslandsblocks nicht inbegriffen sind. Wieviel von diesen 220 Millionen Kronen auf die Kleinrentner entfallen, wird erst festgestellt werden können, wenn die mit 31. Juli 1927 festgesetzte Anmeldefrist vorüber ist.

Es soll für die Zuerkennung der Renten eine eigene Kommission eingesetzt werden, der auch ein Vertreter jenes Kleinrentnerverbandes angehört, der sich seit Jahren um diese Angelegenheit bemüht hat, und deshalb ein moralisches Recht auf die Mitwirkung besitzt.

Wir haben vorerst eine Million Schilling als Ausgabe für diese Aktion angenommen, ohne indes das wirkliche Ausmass des Erfordernisses zu kennen. Sicher aber ist, dass durch diese Massnahme einen weiten Kreis von Personen wirtschaftliche Hilfe gebracht wird. Weder der Bund, noch die Länder, noch irgendeine andere Gemeinde haben es bisher unternommen, auch nur eine Teillösung der Kleinrentnerfrage zu vollziehen. Der Wiener Gemeinderat wird mit diesem Beschluss beispielgebend wirken und gerade diese Sache muss in den Kreisen der Kleinrentner Befriedigung hervorrufen. Deshalb bitte ich um die Annahme der Vorlage.

G. R. Kunschak (E. L.) Der Antrag über die Kleinrentnerhilfe der Gemeinde Wien kommt reichlich zu spät. Wir haben schon früher wiederholt die Notwendigkeit betont, dass die Gemeinde eine Aktion zugunsten der Kleinrentner durchführen möge. Wir haben aber immer tauben Ohren gepredigt. Jetzt aber glauben wir feststellen zu dürfen, dass die Vorlage über die Kleinrentnerhilfe nicht den Gemeinderat beschäftigen dürfe, wenn nicht die National- und Gemeinderatswahlen gewesen wären und im Zuge der Wahlzuckerpolitik auch den Kleinrentnern etwas versprochen worden wäre.

Die Anträge werden im Grunde genommen wirkungslos bleiben. Der Referent hat zugeben müssen, dass der grösste Teil der städtischen An-

leihen bereits eingelöst ist. Nur ein kleiner Teil der Rentner hat ~~noch~~ eine Bestätigung erhalten. Der Referent hat erklärt, dass nicht ~~alle~~ ~~gedacht~~ ~~wurden~~ Renten zu berücksichtigen, die keine Ablieferungen bestatigt haben. Es besteht daher wohl für den grössten Teil ein Rechtsanspruch, der aber nicht liquidiert werden kann, weil eben Kleinrentner seinerzeit gezwungen ~~gewesen~~ sind, ihre Wertpapiere ohne Bestätigung abzuliefern. Stadtrat Breitner hat weiters gesagt, dass die Verhältnisse beim Bund gegenüber den Verhältnissen bei der Gemeinde keinen Vergleich aushalten können. Dem Bund sind alle wirklichen Aktiven verloren gegangen. Die Erfolge der Kriegsanleihe, das Arsenal, Wöllersdorf und so weiter wurden in gemeinwirtschaftliche Anstalten umgewandelt, die glauben, durch eine gemeine Wirtschaft ihren Namen entsprechen zu müssen. Sie waren für den Bund keine aktiven, sondern zehrende Posten. Um sie aufrecht erhalten zu können, musste ihnen der Bund grosse Summen als Betriebskapital zur Verfügung stellen. Heute hat der Bund das Nachsehen bei der Gemeinde Wien ist das ganz anders. Die Werke aus den städtischen Anleihen sind heute Hochaktiv-Posten. Wie zum Beispiel die Wasserleitung, die Gaswerke und die Strassenbahn es sind. Das sind Werte, die eine hohe Funktion ausüben, das sind Werte, die den Kredit wesentlich stützen, das sind Werte, die in ihrer Grösse unschätzbar sind; denn es ist unmöglich, sich auszudenken, in gegenwärtigen Verhältnissen eine zweite Wasserleitung herzustellen. Die Gemeinde ist daher Schuldkönigin in Goldkronen, denn sie hat restlos Goldwerte zur Verfügung, während der Bund nichts anderes hat als das grosse Heer der Kriegsinvaliden, Kriegerwaisen und Kriegerwitwen, für die ein Aufwand von neunzig Millionen Schilling nötig ist.

Beim Bund wird für die Kleinrentner schon seit Jahren eine Aktion durchgeführt. Für diesen Zweck wurden bis heute per Jahr 40 Milliarden Kronen zur Verfügung gestellt und heute wurde dieser Betrag auf achtzig Milliarden erhöht. Das ist das achtfache des Betrages, den auszuwerfen sich die Gemeinde entschloss, vorausgesetzt, dass der Betrag überhaupt zur Verwendung kommt. Stadtrat Breitner hat davon auch gesprochen, dass die Gemeinde weit früher als der Bund mit der Aufrufung der Anleihen begonnen hat. Auch der Bund hat schon 1920 die Kriegsanleihen zum Steuerzahlen gelten lassen. Ebenso wurde ein gewisser Betrag bei der Vermögensabgabe angenommen und bei Käufen während der Sachdemobilisierung ebenfalls mit Kriegsanleihe gezahlt werden. Der grösste Teil der Kriegsanleihen wurde schon vor der Inflation eingelöst. Ein Unterschied zwischen dem Bund/der Gemeinde besteht darin, dass der Bund über die Einlösung von Kriegsanleihen Bestätigungen ausgegeben hat. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Wir haben dasselbe auch immer wieder von der Gemeinde verlangt. Es wurde aber immer wieder abgelehnt, und erst, als nur mehr ein ganz kleiner Teil noch draussen war, gab auch die Gemeinde Bestätigungen über Einlösung von Gemeindeanleihen. Was heute nun geschieht ist eine Sache deren Bedeutung nicht bestritten werden soll. Wir werden daher für die Vorlage stimmen.

Wir haben aber hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission einen Wunsch. In dem Antrag heisst es, dass die Kommission aus sechs Gemeinderäten und einem Vertreter des Verbandes der Kleinrentner bestehen soll. Es ist nicht zu verstehen, warum das Vertretungsrecht der Kleinrentner nur auf den Zalmanverband beschränkt werden soll. (Rufe bei den Mitgliedern der Einheitsliste: Sehr richtig!) Die Gründe hierfür scheinen nur parteipolitischer Natur zu sein. Der Zalmanverband hat Ihnen bei den Wahlen Schützenhilfe geleistet und die Gemeinde soll jetzt für das Zugreifen der Kleinrentner zum Zalmanverband diesem ihre Schützenhilfe leihen. Eine Hand wäscht heute die andere. Wenn Ihre Partei gegenüber dem Zalmanverband Ver-

bindlichkeiten hat, so soll diese auch Ihre Partei honorieren. Wir könnten uns damit einverstanden erklären, dass die Kommission nur aus sechs Mitgliedern des Gemeinderates bestehen soll. Aber wir können nicht zustimmen, dass das Recht, das dem Zalmanverband gegeben wird, den anderen Kleinrentnerorganisationen vorenthalten wird. Ich stelle daher den/Antrag, dass der Kommission drei Vertreter der Kleinrentnerorganisationen beigezogen werden sollen. Ich bitte aber um eine getrennte Abstimmung, da wir nicht in der Lage sind, für die/Berufung eines Vertreters des Zalmanverbandes in die Kommission zu stimmen. (Starker Beifall bei der Minderheit).

G. R. Pfeiffer (E. L.) erklärt, für die Vorlage und für den Antrag des Gemeinderates Kunschak zu stimmen.

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Breitner, dass die Kleinrentneraktion des Bundes eine Wohlfahrtsaktion ist, die keine Systematik habe. Bezüglich der Vertretung der Kleinrentner in der Kommission erklärt er, dass der Kleinrentnerverband schon seit Jahren bestrebt sei, die Aufwertung der städtischen Anleihen zu erlangen. In dieser Beziehung war der Kleinrentnerverband beispielgebend und hat sich damit ein moralisches Anrecht auf die Vertretung in der Kommission erworben. Die anderen Organisationen der Kleinrentner haben niemals bei der Gemeinde interveniert. Es geht gewiss nicht an, dass man sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen lässt und dann Forderungen stellt. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird einstimmig angenommen, der Antrag des Gemeinderates Kunschak abgelehnt.

St. R. Breitner berichtet über die Uebernahme einer Zinshaftung der Gemeinde Wien für Kredite an Gewerbetreibende und Kaufleute. Er erklärt, dass die Entwicklung der Zinssätze als Folge der Geldentwertung insbesondere den kleinen Gewerbetreibenden hart getroffen hat. Zinssätze von dreissig bis vierzig Prozent waren vor gar nicht langer Zeit etwas ganz gewöhnliches und noch heute müssen dreizehn Prozent Mindestzinssätze den Banken bezahlt werden. Es ist für den kleinen Gewerbetreibenden heute überhaupt schwer einen Kredit zu erträglichen Zinsen zu bekommen. Die Gemeindeverwaltung will daher helfend eingreifen und es soll nun an kleine Gewerbetreibende und Kaufleute ein langfristiger Kredit zu sechs Prozent Zinsen durch den Kreditverein der Zentralsparkasse gewährt werden. Die Gemeinde wird dafür bürgen, dass der Zinsfuß bis Ende 1929 unverändert mit netto sechs Prozent bleibt, so dass, wenn etwa zwingende Gründe die Zentralsparkasse veranlassen, den Zinsfuß zu erhöhen, die Gemeinde die Lasten trägt. Man kann heute nicht berechnen, in welchem Ausmass das Budget der Gemeinde durch diese Zinshaftung belastet wird. Aber es ist wieder ein Stück Aufbauarbeit, die hier vollzogen wird. (Beifall bei der Mehrheit).

G. R. Kunschak (E. L.): Der Antrag ist an sich gewiss sehr begrüssenswert. Im Hinblick auf den Antragsteller und seine Politik verliert aber die Vorlage sehr an Bedeutung. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass nun die Zentralsparkasse, sich dazu entschliesst, das Werk/Dr. Luegers in den Aufgabenkreis der Zentralsparkasse eingebaut hat, auszugestalten. Es ist immerhin eine nennenswerte Sache, wenn bis Ende 1929 den Gewerbetreibenden eine solche grosse Summe zu einem Zinsfuß von netto sechs Prozent geliehen wird.

Wenn wir die Frage vom allgemeinen Gesichtspunkt betrachten, dann allerdings müssen wir sagen, dass sich hier ein wenig erbauliches Schauspiel vollzieht. Mit einer Hand wird kräftig zugegriffen und mit der anderen Hand werden doch nur Brosamen gegeben.

Es ist eine Tatsache, dass in unserem Produktionsleben ein ganz ausserordentlicher Kreditbedarf fühlbar ist. Woher kommt diese Geldarmut in unserem Gewerbe- und Industriekreisen? Die Beantwortung dieser Frage liegt zum grössten Teil in der Steuerpolitik, wie sie von der Gemeinde gehandhabt wird. In den letzten Tagen hat in Wien der frühere reichsdeutsche Finanzminister gesprochen. Er war in der Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie Finanzminister, also in einem Kabinett, in dem die Sozialdemokraten eine führende Rolle gespielt haben. Daher muss seine Finanzpolitik auch die volle Billigung der Sozialdemokraten gefunden haben, denn sonst wäre der Mann ja unmöglich gewesen. In seiner Rede hat er nun mitgeteilt, dass alles auf die Karte der Hebung der Volkswirtschaft gesetzt werden musste und zwischen ordentlichem und ausserordentlichem Budget strenge Unterschiede wurden. Für wertvermehrnde Investitionen durften laufende Einnahmen nicht verwendet werden. Grundsatz war, dass bei einem schlechten Wirtschaftsleben lieber ein Defizit im Staatshaushalt mit in den Kauf genommen werden musste als ein Ueberschuss. Wir haben, sagte der reichsdeutsche Finanzminister, unter grossen Widerständen die Börsenumsatzsteuer halbiert, mit dem Erfolg, dass ihr Ertrag sich verdoppelt hat. Es ist übrigens interessant, dass die reichsdeutschen Sozialdemokraten für die Herabsetzung der Börsenbesuchsabgabe waren (Hört! Hört!, bei den Mitgliedern der Einheitsliste).

Diese Grundlinien finden wir in der Wiener Finanzpolitik nirgends vor. Ueberall das schroffste Gegenteil. Ueberall das Bestreben aus der Wirtschaft Ueberschüsse herauszupressen ohne Rücksicht darauf, ob das der Wirtschaft frommt oder sie schwer schädigt. Während der reichsdeutsche Finanzminister mit Zustimmung der Sozialdemokraten eine Finanzpolitik machte, die sich darauf beschränkt nur das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, sehen wir hier in Wien das Bestreben Aktiven anzuhäufen und Investitionen in grössten Umfang aus laufenden Einnahmen zu bestreiten. Sie haben im Jahre 1923 bereits 63 1/2 Millionen Schilling Ueberschuss verzeichnet. Im Jahre 1924 waren es 28 1/4 Millionen und 1925 wieder 56 1/2 Millionen. Sie haben also in den drei Jahren im Durchschnitt eine Mehrleistung aus der Wirtschaft herausgepresst, die sie jetzt der Wirtschaft zur Verfügung stellen wollen, nur muss sie ihr eigenes Kapital mit sechs Prozent verzinsen. Da wäre es doch klüger gewesen, die 56 Millionen Schilling im Jahre 1925 der Wirtschaft zu belassen, sie nicht arm zu machen und jetzt nicht den Grandseigneur zu spielen (Zustimmung bei der Minderheit). Der Glaube an Ihre Gewerbefreundlichkeit kann also in uns nicht aufkommen. Bis Ende 1926 haben Sie nur an Wohnbauten allein 2058 Milliarden Kronen aus den laufenden Steuern herausgenommen und in Realwerte umgesetzt. Im Durchschnitt haben Sie in den Jahren Ihrer Herrschaft rund 1500 Milliarden Kronen jährlich aus der Wirtschaft herausgezogen. Das ist dreimal so viel, als Sie für Kredite an Gewerbetreibende jetzt in einem Jahr zur Verfügung stellen. An dieser Tatsache gemessen schrumpft diese Hilfe ganz gewaltig zusammen. Für die nächsten fünf Jahre wollen Sie aber genau dasselbe tun. Sie wollen für Neubauten allein 1200 Milliarden jährlich aus den Steuergeldern für Wohnungsbauten herausnehmen, weit mehr als das Doppelte dessen, was Sie auf dem Wege der Kreditgewährung wieder der Wirtschaft zuführen. Man kann ruhig sagen, es wäre viel mehr dem Gewerbe geholfen, wenn Sie sich entschlossen, die Grundsätze einer Steuerpolitik zu befolgen, nach der man in Zeiten wirtschaftlicher Depression keine Ueberschüsse herauspresst. Sie brauchen nur eine Wohnbauleihe aufnehmen und sind in der Lage Ihr Wohnbauprogramm durchzuführen, aber die gesamte Fürsorgeabgabe aufzulassen. Dann hätten Sie für das Gewerbe und die Industrie weitaus mehr getan.

Die Kreditnot ist vielfach auch darauf zurückzuführen, dass unser Gewerbe mangelnden Absatz aufweist. Auch der stark reduzierte

Warenumsatz kann nicht gelehnet werden. An der letzteren Erscheinung ist die Politik Ihrer Partei gewiss nicht so unschuldig, wie sie das vor den Wahlen hingestellt hat. Ihre Produktivgenossenschaften und Konsumvereine sind die schärfste Konkurrenz für die Gewerbetreibenden und Kaufleute. Die Gemeinde führt diesen Kampf aber auch noch mit ihrem Geld. Der einfache Kaufmann muss die Fürsorgeabgabe zahlen, die GÖC und der Wiener Konsumverein sind davon befreit. Mit vier Prozent ist also jede Lohnkrone bei den Gewerbetreibenden und Kaufleuten belastet. In allen grösseren Neubauten werden von vornherein auf Kosten der Befriedigung des Wohnbedarfes grosse Lokale für die Konsumvereine bereitgestellt. Mit öffentlichen Mitteln werden also die Konsumvereine gegen den bodenständigen Kaufmann gefördert. Diese Politik muss zur Verarmung unserer Wirtschaft führen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

G.R. Hernstein (soz. dem.) erklärt, dass die Kreditbeschaffung für das Kleingewerbe zu den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen dieser Bevölkerungsschichte gehört. Das Kleingewerbe führt heute einen schweren Kampf um seine Existenz. Die Grossindustrie, die den grossen Auslandsmarkt vielfach verloren hat, will sich den inländischen Markt erobern und steht in schärfster Konkurrenz mit dem Gewerbebestand. Wenn nun die Gemeindeverwaltung diese kleinen Gewerbetreibenden durch die Gewährung von Krediten zu so günstigen Bedingungen unterstützt, so kann dies mit Fug und Recht als eine grosse soziale Tat bezeichnet werden (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Der Kreditverein der Zentralsparkasse ist heute die einzige Stelle, an die sich der Gewerbetreibende vertrauensvoll wenden kann. Im Jahre 1913 hatte dieser Verein nur 316 Mitglieder, jetzt zählt er bereits 4138. Die unparteiische Führung des Kreditvereines bürgt uns dafür, dass hier wirklich mit den Geldern der Gemeinde weise gewirtschaftet werden wird und zugleich der Gewerbetreibende und der Kaufmann die ersehnte Hilfe findet. Wenn Herr Gemeinderat Kunschak wieder das alte Lied von der schlechten Steuerpolitik der Gemeinde gesungen hat, so kann man darauf nur antworten, dass der Gewerbebestand von den Gemeindesteuern absolut nicht so bedrückt wird, wie von den Bundessteuern (Gelächter bei der Minderheit).

G.R. Bermann (soz. dem.): Mit dem Verlagsheftlichen kommen Sie über diese Wahrheit nicht hinweg!

G.R. Hernstein: Die Arbeit der Gemeindeverwaltung, insbesondere das grosse Wohnbauprogramm gibt tausenden selbstständigen Existenzen die Lebensmöglichkeit. Die Gemeinde Wien ist es, die den Gewerbetreibenden durch die Sicherung des Mieterschutzes überhaupt das Dasein ermöglicht (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Die Genossenschaft der Schuhmachermeister, die rund 6000 Mitglieder zählt, hat eine Erhebung über die Steuerleistung ihrer Mitglieder angestellt und es hat sich ergeben, dass fünftausend Meister überhaupt keine städtische Abgabe zu zahlen haben! Wenn Sie heute erklärt haben, für diese Kredite zu stimmen, so nur deshalb, weil Sie nicht anders können. Das Organ der Einheitsliste, die heutige Reichspost, spricht sich gegen diese Kredite aus. Auch die kleinen Gewerbetreibenden haben Ihre Demagogie, die Sie dreissig Jahre lang geübt haben, durchschaut und Ihnen am 24. April die richtige Antwort gegeben. Die Gewerbetreibenden fragen sich heute, warum der Bund nichts für den Gewerbebestand macht, dafür aber Billionen in Spekulationen verpulvert werden. Die Gemeinde Wien hat dem Gewerbebestand wirklich praktisch geholfen, wir sind überzeugt, dass wie diese Arbeit, wenn es die Verhältnisse gestatten verstärkt fortgesetzt wird. Die heutige Vorlage ist wieder ein Beweis der praktischen Gewerbeförderung der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit und darüber werden auch Sie mit Ihrer Demagogie nicht hinwegkommen (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR. Eiber (Einheitsliste) kritisiert verschiedene Behauptungen des Gemeinderates Hernstein und erklärt schliesslich, dass die Kreditgewährung an die Gewerbetreibenden eine Angelegenheit des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ist. Der Kreditverein ist die Verpflichtung eingegangen, den Gewerbetreibenden Krediten zu verhältnismässig geringfügigen Zinsfuss zu geben, und damit der Kreditverein diese Verpflichtung einhalten kann, wird die Vorlage beschlossen. Der Redner bemängelt dann noch die parteimässige Behandlung der Gewerbetreibenden bei der Gewährung von Krediten und schliesst seine Ausführungen mit der Forderung, dass der Skandal aufhören müsse, mit öffentlichen Mitteln Parteizwecke zu unterstützen.

GR. Merbaul (Einheitsliste) wendet sich gegen die Behauptung des Gemeinderates Hernstein, dass die Gewerbetreibenden von den Gemeinleabgaben nicht betroffen werden. Der Redner erklärt, dass das Wiener Gewerbe von den Breitnersteuern nicht nur betroffen wird, sondern sogar zugrunde gerichtet wurde. Ein Gewerbetreibender ist sogar in Unterhosen (Lärm) ins Rathaus gekommen und hat gesagt: Löst mir mein Gewand aus! Er hat es versetzen müssen. Das ist die Gewerbefreundlichkeit der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung.

Es hat allen Anschein, dass die Kreditgewährung an die Gewerbetreibenden parteipolitisch verwertet werden wird. Das ist schon daraus zu ersehen, dass die Genossenschaften ausgeschaltet wurden, während mit den Winkelvereinen, den sozialdemokratischen Fachvereinen verhandelt wird. Eine richtige Gewerbebeförderung kann nur eine Steuererleichterung sein, diese Aktion aber bedeutet nicht mehr als einen Tropfen auf einen heissen Stein.

GR. Ellend (E.L.) beschäftigt sich ebenfalls in längeren Ausführungen mit der Vorlage. Er richtet an StR. Breitner die Frage, warum er jetzt so plötzlich sein Herz für die Gewerbetreibenden entdeckt habe. Vor den Wahlen hat Breitner auf die Forderungen der Gewerbetreibenden nicht geantwortet. In der Versammlung in der Volkshalle hat er mit Hohn und Spott der Gewerbetreibenden gedacht, er ist auf ihre Forderungen nicht eingegangen, dafür aber hat er den Mittern die Windeln versprochen. Die Sozialdemokraten betreiben nur Parteipolitik. Wenn die Stadtverwaltung das Gewerbe wirklich fördern wollte, so müsste sie statt der Parteipolitik eine Volkswirtschaftspolitik betreiben.

St. R. Breitner erwidert, dass die Fixierung des Zinssatzes bis Ende 1929 für die Gewerbetreibenden eine grosse Beruhigung sei. Sie können jetzt investieren, weil sie wissen, dass sie für das gekiehene Geld für einige Jahre einen festen, unverrückbaren Zinsfuss zu leisten haben. Es ist auch davon gesprochen worden, dass einige Fachvereine und der Finanzreferent mit der Vergebung der Kredite zu tun haben. Das ist ganz unrichtig. Nach wie vor wird der Kreditverein, eine Gründung der Zentralsparkasse diese Kredite verleihen. Die Verwaltung des Kreditvereines besteht aus zwanzig gewählten Mitgliedern. Davon gehören nicht weniger als neun der christlichsozialen Partei an. Wir haben dort nicht einmal den Proporz angewendet. Die Verwaltung ist dort nicht so, dass die Minderheit nur kontrolliert, sondern sie ist für alles mitverantwortlich. Der frühere christlichsoziale Bezirksvorsteher Wieninger vertritt dort den Obmann. Es ist also ganz unakässig, wenn hier auch nur die Mutmassung ausgesprochen wird, dass irgend wie parteipolitisch vorgegangen werden könnte.

Ueber den Rahmen der Vorlage ist auch von der Minderheit das Steuersystem der Gemeinde erörtert worden. Es ist doch nicht so, dass vor dem Krieg jeder Gewerbetreibende Gehilfen gehabt hat. Das Wesen der Gewerbetreibenden ist ja, dass sie meist allein oder mit einer bescheidenen Zahl von Gehilfen arbeiten. Gewiss ist das Steuerzahlen kein Vergnügen, aber das war es auch vor dem Kriege nicht. Gegenüber dem Abbau des Mieterschutzes spielen die Gemeindesteuern für den Gewerbebestand gar keine entscheidende Rolle. Wäre der christlichsoziale Antrag Meiner-

Fink wirksam geworden, dann würden vom 1. August an die Geschäftsleute bereits den sechstausendfachen Zins zahlen und Ende 1928 würde nach christlichsozialem Wunsch gerade für die Geschäftslokale und Werkstätten jeder Mieterschutz aufhören.

G.R. Müller (E.L.) Was ist, wenn wir an Deutschland abgeschlossen werden?

St.R. Breitner: Ich weiss auch nicht, was es dann mit den Ehegesetzen sein wird. Wenn aber der Anschluss kommt, dann ist es klar, dass ein so grosses Wirtschaftsgebiet, wie das deutsche Reich ganz andere wirtschaftliche Kräfte entfalten kann, wie das kleine Oesterreich. Das wird in der Zollpolitik eine grosse Rolle spielen, es wird unsere Arbeitslosigkeit gewiss zurückgehen und Wien seine grosse Bedeutung als Handelsstadt wieder gewinnen. Bei den heutigen Löhnen ist es aber unmöglich 25 Prozent davon in den Zins einzubauen. Wir können uns heute kein Bild davon machen, wie dieser Zusammenschluss der beiden Staaten sich wirtschaftlich auswirken wird.

Was die Fachvereine des sozialdemokratischen Verbandes der Gewerbetreibenden anlangt, so kann ich nur sagen, dass in Zukunft diese Vereine sich noch stärker bemerkbar machen werden. Dies ist auch begreiflich, denn der Gewerbe-Genossenschaft, der ein Zwangsverband ist, hat sich vor den Wahlen restlos in den Dienst der Christlichsozialen gestellt.

GR. Ellend (E.L.): Weisen Sie mir einen Fall nach!

StR. Breitner: Ich weise Ihnen einen Aufruf nach, der von Ihnen als Präsident des Gewerbe-Genossenschaftsverbandes unterschrieben ist und zur Wahl der Einheitsliste auffordert. Sie werden in keiner Genossenschaft Ruhe finden, solange Sie dort politisch tätig sind. Wir werden Ihnen zeigen, dass diese stärksten Festungen, die Sie heute noch haben, sehr bald viele Risse und Sprünge aufweisen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Wenn heute wieder Dr. Lueger zitiert wurde, weil er die Zentralsparkasse gegründet hat, so wollen wir keineswegs die Verdienste dieses Mannes schmälern. Aber dieses Institut würde nicht mehr bestehen, wenn wir es nicht in der schwersten Zeit nach den Grundsätzen einer soliden Geschäftsgebarung verwaltet hätten.

GR. Huber (E.L.): Das hat das Statut nicht zugelassen.

StR. Breitner: Das Statut der Postsparkasse hat auch viel nicht zugelassen, was dort geschehen ist.

GR. Ellend (E.L.): Wer hat die Wechsel unterschrieben, die in der Postsparkasse gelegen sind?

StR. Breitner: Es ist überhaupt schlecht um eine Sache bestellt, wenn man immer nur auf die Vergangenheit verweisen muss. Lueger ist im Jahre 1910 gestorben und seit dieser Zeit hat sich vieles geändert. Wir gehen neue Wege, so wie Lueger unter dem Widerspruch der Liberalen neue Wege eingeschlagen hat. Würde damals der Ausdruck Bolschewismus schon existiert haben, die liberalen Zeitungen hätten ihm sicherlich gegenüber Lueger angewendet.

GR. Danneberg (Soz. Dem): Lesen Sie nur die damalige Neue Freie Presse, Ihr heutiges Organ!

GR. Stöger (E.L.): Lesen Sie nach, was Pernerstorfer über Sie geschrieben hat!

GR. Danneberg: Nach der Blamage vom 24. April müssten Sie sich verkriechen!

GR. Ellend (E.L.): Sie wohnen jetzt im Botschafertviertel und wir noch in den Vororten!

31 Mai

~~12~~

Fünfter Bogen

GR. Kohl (Soz. Dem.): Gemeiner Kerl!

Bei diesen Worten entsteht auf den Bänken der Minderheit grosser Lärm. Viele Mitglieder der Partei der Einheitsliste verlassen ihre Plätze und begeben sich auf die rechte Seite des Saales. In dem grossen Lärm kann man die gegenseitigen Rufe nicht verstehen. GR. Preyer (E. L.) bearbeitet ununterbrochen seine Lade, was den Lärm steigert. GR. Iser (Soz. Dem.) schreit ununterbrochen: Der Stöger kann uns nicht beleidigen! Endlich gelingt es dem Vorsitzenden, GR. Linder, die Ruhe herzustellen. Er teilt mit, dass ihm berichtet wurde, dass Rufe, wie „gemeiner Kerl“ und „Gesellschaft“ gefallen seien. Er müsse diese Ausdrücke als unparlamentarisch rügen.

StR. Breitner setzt nun seine Rede fort: Es wurde hier der deutsch Reichsfinanzminister Reinhold zitiert. Seine Meinung ist uns nicht neu:

Es ist eben ein Bürgerlicher, der selbstverständlich in seinem Urteil über unsere Finanzpolitik sich nicht von den anderen Bürgerlichen unterscheidet. Ihm gefällt unsere Verwaltung so wenig, wie sie unserem Finanzminister Dr. Kienböck gefällt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Wir brauchen hier keine Koalition, weil wir durch die politischen Machtverhältnisse nicht genötigt sind, eine verwaschene Finanzpolitik zu machen, sondern wir machen hier unsere gesunde sozialdemokratische Politik. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Es darf nicht sein, dass wie früher, nach verlorenen Kriegen, die öffentlichen Verwaltungen die Hauptlasten zu tragen hatten. Früher hat man nach einem verlorenen Krieg die Staatsbahnen dem Privatkapital verköpft, um sie nach Jahrzehnten mit ungeheuren Opfern und fetten Gewinnen für die Kapitalisten aus den Geldern des Volkes wieder zurückzukaufen. Wir sind der Meinung, dass die öffentlichen Körperschaften eine solche Politik mitmachen dürften. Wir sehen erst jetzt wieder, wie unerwünscht es wäre, wenn wir von diesem internationalen Finanzkapital abhängig wären. Wir haben deshalb keine Wohnbauleihe aufgenommen und es fällt uns gar nicht ein eine solche Anleihe jetzt aufzunehmen; wir werden ganz genau so wirtschaften wie bisher. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Niemals sind wir über die Wünsche des Gewerbestandes zur Tagesordnung übergegangen. Wir werden aber uns auch nicht unsere Gewerbepolitik von den Nachtlokalbesitzern, Bars und Heurigschenken vorschreiben lassen.

GR. Biber (E. L.): Das ist eine gemeine Beleidigung des Gemeinderates! Gemeinheit sondergleichen! Unerhört!

StR. Breitner: Der Herr Kollege Biber kann mich nicht beleidigen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Biber schreit ununterbrochen: Bodenlose Gemeinheit! Wir sind die Vertreter der Nachtlokalbesitzer! Eine solche Gemeinheit!

StR. Breitner: Schreien Sie nur so weiters, Sie haben mich ja gar nicht verstanden! Im übrigen stelle ich fest, dass an der Steuerpolitik der Gemeinde...

Hier setzt nun bei der Minderheit ein ungehobener Lärm ein.

GR. Preyer (E. L.) schreit: Wir lassen uns nicht terrorisieren!

Sonst ist in dem grossen Tumult kein Zwischenruf verständlich. Stadtrat Breitner versucht wiederholt seine Rede fortzusetzen und auch der Vorsitzende bemüht sich die Ruhe durch ununterbrochenes Läuten herzustellen, aber der Lärm hält ununterbrochen an. Man hört nur manchmal die laute Stimme des Gemeinderates Preyer: Gemeine Lüge! Strassenräuber!

Als etwas Ruhe eingetreten ist, ruft StR. Speiser: Wenn Sie das so fort machen, dann wird von Ihnen auch niemand mehr reden!

Diese Worte entfesseln bei der Minderheit neuerlich einen Sturm. Man hört insbesondere die GR. Doppler und Preyer rufen: Diese Einschüchterungsversuche sind vergeblich! Die Gewerbetreibenden sind keine Nachtlokalbesitzer. Erst den vereinten Bemühungen der Gemeinderäte Zimmerli, Speiser

und Hofbauer gelingt es, halbwegs die Ruhe wieder herzustellen, so dass StR. Breitner seine Rede beenden kann. Er schliesst mit den Worten: Die Steuerpolitik der Gemeinde Wien ist wahrhaftig anlässlich der Wahlen gründlich erörtert worden. Wenn wir am 24. April einen Stimmenzuwachs von 120.000 errungen haben, so ist es ein geradezu kindisches Beginnen, wenn Sie uns von unserer Steuerpolitik abbringen wollen. Wir werden davon nicht um Haarsbreite abweichen! (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der Mehrheit.)

Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Als Breitner den Referententisch verlässt, bereiten ihm die Sozialdemokraten lebhaftere Ovationen.

GR. Lötsch referiert über den Tausch, dass von zwei Baustellen der Gemeinde Wien in der Engerthstrasse gegen zwei andere Baustellen der Firma Bunzl & Biach in der Wohlmutstrasse.

Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling referiert nun über die Anschaffung von fünfzig Autobussen, sowie von zwei Autobusgaragen, wozu ein Sachkredit von fünf Millionen Schilling notwendig ist. Die Strassenbahn und Stadtbahn haben in der letzten Zeit eine sprunghafte Entwicklung durchgemacht. Die Zahl der Fahrgäste stieg von fünfhundert Millionen im Jahre 1925 auf sechshundert im Vorjahr und wird auch heuer weiter ansteigen. Ebenso ist die Zahl der Fahrgäste im Kraftstellwagenverkehr gestiegen. Sie betrug im Jahre 1925 8.6 Millionen, im Jahre 1926 9.3 Millionen Kronen und wird heuer schätzungsweise auf elf Millionen ansteigen. Um diesen Verkehr bewältigen zu können, müsste der Strassenbahnverkehr noch weiter verdichtet werden. Die Verdichtung hätte aber nur den Erfolg, dass eine Reisegeschwindigkeit erreicht werden würde, von der die Bevölkerung nichts hätte.

Deshalb sollen, wie es im Programm vorgesehen ist, 150 Autobusse in den Verkehr gestellt werden, um den Verkehrsverhältnissen entsprechen zu können. Vorläufig werden fünfzig Autobusse in den Verkehr gestellt. Es sind drei Linien in Aussicht genommen. Eine Linie über die Mariahilferstrasse durch die Burg über den Graben, Salztorbrücke in die Leopoldstadt. Die zweite vom Elterleinplatz auf die Landstrasse bis zur Barichgasse und die dritte Linie soll von der Volksoper durch die Stadt zum Südbahnhof geführt werden. Die Linien werden in Intervallen von drei bis sechs Minuten geführt werden. Der jetzige Autobusverkehr bleibt selbstverständlich aufrecht. Die baulichen Verhältnisse der Inneren Stadt machen auch erforderlich, dass die Zukunft des Verkehrs nur dem Autobus, der das beweglichste Verkehrsmittel ist, gehören kann. Dem Autobusverkehr muss selbstverständlich in der Zukunft der gesamte andere Verkehr angepasst werden.

GR. Zimmerl (E. L.) protestiert gegen die Behandlung des abgetretenen Gemeinderates, gegen die Zumutung, die man an den neuen Gemeinderat stellt, gegen die missbräuchliche Anwendung des § 96 der Verfassung, gegen die missbräuchliche Anwendung des § 102 durch den Stadtsenat und schliesslich gegen die missbräuchliche Anwendung des § 7 des Organisationsstatutes der städtischen Unternehmungen.

Der Gemeinderat wurde seinerzeit Ende März einberufen. Für diese Gemeinderatssitzung standen 48 Geschäftsstücke auf der Tagesordnung. Die Sitzung wurde aber nicht abgehalten. Dann wurde für den 1. April der Landtag einberufen, an dem sich eine Gemeinderatssitzung anschliessen sollte. Das ist aber auch nicht geschehen. Diese Tagesordnung enthält nur Rückstände. Der Nationalrat hat weiter getagt, die Landtage, ja sogar die Bezirksvertretungen. Nur der Gemeinderat nicht. Weshalb? Sie konnten vor den Wahlen keine sachliche Kritik vortragen. Nun haben Sie dem Gemeinderat zugemutet, 166 Geschäftsstücke in einer Sitzung zu erledigen. Das geht denn doch nicht. Der Gemeinderat darf nicht als Abstimmungsmaschine verwendet werden. (Zustimmung bei der Minderheit)

Der § 96 wurde in 43 Fällen angewendet. Er ist nur in dringenden Fällen anzuwenden, in Fällen, wo der Gemeinderat nicht einberufen werden kann. Das war aber nicht der Fall, denn der Gemeinderat

Siebenter Bogen.

konnte einberufen werden und der Gemeinderat war auch arbeitsfähig. Er wurde trotzdem angewendet und deshalb ist diese Anwendung durch den Herrn Bürgermeister ein Missbrauch wie es einen ärgeren Missbrauch auch in der Monarchie mit dem § 14 nicht gegeben hat. Ebenso verhält es sich mit dem § 102 und mit § 7 des Organisationsstatutes der städtischen Unternehmungen. Die ~~sachen~~ überhaupt schon was sie wollen bis heute wurden noch nicht ihre Bilanzen für das Jahr 1927 vorgelegt. Das ist ein Missbrauch der Verfassung, das ist ein Missbrauch der Amtsgewalt (Zustimmung bei der Minderheit).

Der Redner spricht sodann zur Vorlage und über das Wesen der Bankkredite, die ^{er} als ein gemütliches Kontokorrentverhältnis bezeichnet. Er schliesst seine Ausführungen mit der Bemerkung zu den Sozialdemokraten, dass die Minderheit den Sozialdemokraten die Fortsetzung dieser Wirtschaft nicht leicht und bequem machen werde.

GR. Altmayer (E.L.) protestiert über die Behandlung, die die Gemeinderäte im Ausschuss für städtische Unternehmungen finden. Er verlangt die Fortführung der geplanten Autobuslinie auf der Landstrasse bis zum Zentralviehmarkt und die Inbetriebsetzung einer Linie vom Nordbahnhof - Aspangbahnhof zum Süd- und Ostbahnhof. Auch wäre ein Umsteigeverkehr im Kraftstellwagenbetrieb schon eine dringende Notwendigkeit.

GR. Höppel (E.L.) spricht sich in längeren Ausführungen für die Schaffung einer Verkehrslinie ins Liebhartstal aus, das vom Verkehr gänzlich abgeschlossen ist. Schon 1914 war eine Strassenbahnlinie ins Liebhartstal vorgesehen. Bis heute aber wurde dieses Projekt nicht verwirklicht. Er stellt daher den Antrag auf Verlängerung der Strassenbahnlinie von der Endstation Schottenhof in Ottakring ins Liebhartstal und bis zu deren Durchführung soll ein entsprechender Autobusverkehr ins Liebhartstal geführt werden.

G.R. Stein (soz. dem.) erklärt, dass diese Vorlage nicht nur verkehrstechnisch, sondern auch volkswirtschaftlich von grosser Bedeutung ist. Durch die Bestellung von fünfzig Autobussen bekommt die Automobilindustrie die erwünschte Arbeitsgelegenheit. Es sei töricht, wenn die Minderheit immer wieder gegen die Aufbauarbeit der Gemeinde raune. Tatsache ist, dass das Privatkapital vollständig versagt, weshalb die öffentlichen Körperschaften eingreifen müssen. Öffentliche Aufträge, das ist heute die einzig richtige Wirtschaftspolitik. Es sei aber geradezu kindisch, wenn für die Wirtschaftskrise in Wien die Breitnersteuern verantwortlich gemacht werden. Sind vielleicht die acht Millionen Arbeitslosen in Europa eine Folge der Breitnersteuern? Wurde die Weltwirtschaftskonferenz wegen der Breitnersteuern einberufen. Damit machen sie sich nur lächerlich und Sie sollten niemals vergessen, dass es Ihr Krieg ist, der diese Zustände verschuldet hat. Wir haben in der allgemeinen Hoffnungslosigkeit, Sie und Ihre Klassengenossen besteuert, damit die breite Masse Arbeit und Verdienst bekommt. Sie müssen naturgemäss gegen diese Politik sein, weil Sie die Interessen einer anderen Klasse, der kapitalistischen vertreten (Lebhafter Beifall).

G.R. Scholz (E.L.) wünscht, dass die Wagentype vorgelegt werden soll. Eine Zeichnung wäre gewiss ohne grosse Schwierigkeiten zu machen gewesen. Die Minderheit begrüsst diese Aktion. Es soll aber die Mehrheit keineswegs sich einbilden, dass damit grosses geschaffen wird. Es werden fünf Millionen Schilling für neue Autobusse ausgegeben aber die Gemeinde hat die Autoindustrie durch die Steuern umgebracht. Schliesslich regt Redner an, dass eine direkte Linie von Floridsdorf zur Südbahn geführt werden soll, weil heute nach Floridsdorf nur eine einzige Strassenbahnverbindung besteht.

G.R. Merbaul (E.L.) wünscht, dass auch Margareten eine Autobuslinie bekommt. Früher hat der Bezirk eine solche Linie gehabt, sie wurde aber eingestellt. Es würde gewiss allgemein begrüsst werden, wenn eine Linie von der Oper über die Wiedner-Hauptstrasse zum Matzleinsdorferplatz geführt werden könnte. Redner appelliert an den Gemeinderat

Stein, der seiner Meinung nach über alles mögliche gesprochen hat, nur nicht über die Verkehrsbedürfnisse Margaretens, seine Anregung nach Errichtung einer Autobuslinie für Margaretens, zu unterstützen.

GR. Gschladt (E.L.) meint, dass fünfzehn Sitzplätze in einem Autobus zu viel sind. Auch Meidling brauche einen besseren Verkehr, insbesondere eine Autobuslinie von Schönbrunn in die Stadt. Wünschenswert sei auch ein Umsteigverkehr von der Strassenbahn auf den Autobus.

GR. Doppler (E.L.) stellt den Antrag den Autobusverkehr während der Nacht vom Eiterleinplatz nach Dornbach zu verlängern und wenigstens während der Sommermonate eine Autobuslinie über Neuwaldegg nach Hütteldorf und eine zweite über Neuwaldegg nach Salmansdorf zu führen.

Nach einer kurzen Rede des GR. Suhanek (Soz. Dem.) beantwortet Vizebürgermeister Emmerling die verschiedenen Anfragen. Bezüglich der Bankkredite erklärt er, dass diese mit der Steuer gar nichts zu tun haben. Die Bedingungen der Bankkredite sind jeweils Sache des Finanzausschusses. Auf die Anfrage zurückkommend, welche Typen von Autoomnibussen in Verkehr gesetzt werden, erklärt Vizebürgermeister Emmerling, dass dafür die Niederfuhrwagen in Betracht kommen.

Im Jahre 1913 hat die Gemeinde auch einen Autobusverkehr gehabt, doch waren damals sehr lange Intervallen. Das geht heute nicht mehr. Wenn wir nicht alle vier Minuten einen Wagen führen, so suchen die Leute die nächste Strassenbahnlinie auf. Wir werden daher in der verkehrstärken Zeit alle vier Minuten fahren und in der schwächeren Zeit alle sechs Minuten einen Wagen führen. Die Gemeinde hat die Stadtbahn elektrifiziert und befördert heute mehr als hundert Millionen Menschen. Es wurde auch der innerstädtische Autobusverkehr eingerichtet, der ständig erweitert wird. Die fünfzig Wagen bedeuten wieder einen Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des Wiener Verkehrs.

Die Vorlage wird dann einstimmig genehmigt. Die Anträge der Gemeinderäte Doppler und Höppeler werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und Vorsitzender Weigl schliesst um zwölf Uhr mitternachts die Sitzung. Nächste Sitzung Freitag, 5 Uhr nachmittags.